

EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

Sitzungsdokument

3. Juli 2000

B5-0600/2000

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht im Anschluß an die Erklärungen des Rates und der Kommission
gemäß Artikel 37 Absatz 2 der Geschäftsordnung

von den Abgeordneten Jean Lambert, Ozan Ceyhun und Alima Boumedine-
Thiery

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

zum Schleuserunwesen und zum Tod von 58 Flüchtlingen in Dover

Entschließung des Europäischen Parlaments zum Schleuserunwesen und zum Tod von 58 Flüchtlingen in Dover

Das Europäische Parlament,

- A. unter Hinweis darauf, daß die Zollbehörden am 19. Juni 2000 in Dover 58 Flüchtlinge entdeckt haben, die bei dem Versuch der illegalen Einreise nach Großbritannien in einem überhitzten Lastwagen erstickt sind,
- B. in der Erwägung, daß es Tag für Tag an den Grenzen der Union zu ähnlichen Unfällen kommt, bei denen zahlreiche Einwanderer und Flüchtlinge beim Versuch der illegalen Einreise in die Länder der Union zu Tode kommen,
- C. in der Erwägung, daß die Mitgliedstaaten die Beschränkungen für die Einreise in ihr Hoheitsgebiet so verschärft haben, daß den Flüchtlingen keine andere Möglichkeit mehr bleibt als die illegale Einreise, um Zuflucht in den Mitgliedstaaten der Union zu finden,
- D. in der Erwägung, daß die Flüchtlinge aufgrund dieser Schranken für die Einwanderung häufig zu Opfern organisierter Schleuserbanden werden, die für ihre Dienste beträchtliche Geldsummen verlangen, und daß eine direkte Wechselbeziehung zwischen den Einwanderungsbeschränkungen und den Profiten der Schleuser besteht,
- E. in der Erwägung, daß das Fehlen einer Einwanderungspolitik in den Mitgliedstaaten die illegale Beschäftigung in mehreren Wirtschaftszweigen wie in der Landwirtschaft, im Bauwesen und in der Bekleidungsindustrie fördert und das Phänomen der illegalen Einwanderung verstärkt,
 - 1. bekundet sein Entsetzen über die Vorfälle in Dover und schließt sich dem Schmerz der Familien der Opfer an;
 - 2. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Schranken an den Grenzen der Union aufzuheben und die Einreise von Flüchtlingen in die Union zu erleichtern; verweist in diesem Kontext auf die Feststellung des UNHCR, daß zahlreiche Flüchtlinge, die unter Zuhilfenahme von Schleusern illegal eingereist sind, nach Prüfung ihres Falles als Flüchtlinge anerkannt worden sind;
 - 3. verweist auf die Verbindung zwischen der Bildung von Schleuserbanden und der Schaffung von Schranken für die Einwanderung; fordert die Mitgliedstaaten auf, statt der Errichtung von Schranken für die Einwanderung eine wirkliche Einwanderungspolitik zu schaffen, welche ebenfalls der Nachfrage der Wirtschaft der Mitgliedstaaten entspricht, die sich ihren Bedarf eingestehen müssen;
 - 4. fordert die Kommission und den Rat auf, ihrer internationalen Verantwortung gegenüber den Problemen in Verbindung mit den Wanderungsbewegungen in der Welt gerecht zu werden, und weist darauf hin, daß die Wanderungsströme durch Konflikte und Bürgerkriege, Armut und Hunger, Naturkatastrophen, politische Unterdrückung usw.

ausgelöst werden und daß eine kleine Minderheit von Flüchtlingen Asyl in den Mitgliedstaaten findet;

5. hält die bisherige Politik der Abschottung für fehlgeschlagen und fordert die Mitgliedstaaten auf, eine verantwortungsvolle Politik in den Bereichen Einwanderung und Asyl zu schaffen;
6. fordert in diesem Kontext, daß energisch gegen illegale Beschäftigung vorgegangen wird und daß folglich den Personen, die illegal in der Union arbeiten und leben und leicht zu Opfern von Ausbeutung in jeder Form werden, ein regulärer Aufenthaltsstatus zuerkannt wird;
7. beauftragt seine Präsidentin, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.